Auswertung NABU Wahlprüfsteine - Alle Antworten

	CDU Steffen Bilger	CDU Eberhard Ginger	SPD Maji Kerschmeitgdy	SPD Thomas Utz	GRÜNE Ingrid Nikolinger	GRÜNE Catherina Kern	DIE LINKE Peter Schmirke	DIE LINKE Walter Kotsch
1. Glyphosat reduzieren oder verbieten Über die Neuzulassung von Glyphosat wird Ende 2017 entschieden. Das Totalherbizid ist gesundheitsschädlich und mitverantwortlich für den Artenrückgang in unserer Landschaft. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis unabhängig von den Entscheidungen in Brüssel dafür einsetzen, dass der Einsatz glyphosathaltiger Sprühmittel in Deutschland massiv reduziert oder gänzlich verboten wird?**	Nein, die Europäische Chemikalien Agentur (ECHA) kam auf Grundlage einer wissenschaftlichen Risikobewertung zu dem Ergebnis, dass bei sachgerechter Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln keine Gefahren für Menschen und Natur bestehen. Zum gleichen Ergebnis kamen auch Untersuchungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) sowie zahlreicher weiterer un-abhängiger Bewertungsbehörden. Somit ist der Weg frei, die Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat zu verlängern. Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen sprechen auch die Erfahrungen aus der Praxis dafür, Glyphosat nicht vom Markt zu nehmen. Die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzen-schutzmitteln hat sich zur Unkrautbehandlung im Pflanzenbau sehr bewährt. Ein Verzicht auf Glyphosat würde einen vermehrten Einsatz anderer Pflanzenschutzmittel sowie zu einer intensiveren Bodenbearbeitung führen. Glyphosat macht eine ökologisch sinnvolle, nicht-wenden-de Bodenbearbeitung überhaupt erst möglich. Grundsätzlich möchte ich folgendes anmerken: Mit Pflanzenschutzmitteln können sich Land-wirte gegen Schädlinge und Krankheiten zur Wehr setzen, die die Erträge ihrer Kulturpflanzen deutlich vermindern können. Kommten belegte, dass bei Lebensmitteln aus Deutschland die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel-Rückstände äußerst selten überschritten werden. Dies zeigt, dass in Deutschland Pflanzenschutzmittel maßvoll und verantwortungsbewusst einge-setzt werden. Pflanzenschutzmittel tragen zu guten Ernten, zu sicheren Einkommen in der Landwirtschaft und zu einem hochwertigen Angebot an bezahlbaren Lebensmitteln bei.	keine Angabe	ja.	ja.	Ja. Wir kämpfen seit Jahren für ein Verbot von Glyphosat –und werden das auch weiter tun. Glyphosat vergiftet Böden, Wasser, luft, unser Essen und gefährdet Mensch und Natur. Wir unterstützen die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat (https://stopglyphosate.org/de/) und stehen uns der geplanten Wiederzulassungsfrist für 10 Jahre entgegen. Alternative Formulierungen unter https://www.gruene-bundestag.de/agrar/zehn-jahre-ackergift-und-jahre-zu-wat-19-07-2017.html	Ja. Wir kämpfen seit Jahren für ein Verbot von Glyphosat –und werden das auch weiter tun. Glyphosat vergiftet Böden, Wasser, luft, unser Essen und gefährdet Mensch und Natur. Wir unterstützen die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat (https://stopglyphosate.org/de/) und stehen uns der geplanten Wiederzulassungsfrist für 10 Jahre entgegen.	ja. Wir wollen die Wasserahnenrichtlinie entschieden verschärfen. Dazu gehören die Einführung kon. Wiederherstellung naturnaher Stücketen, die Reduzierung des Eintrittsbeftimtrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und die Sicherung von Ausreßflächen. Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoiden sowie die Mikroplastik in Kosmetik und Reinigungs- und Pflegeprodukten wollen wir sofort verbieten. Der «National Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.	**ja.** Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoiden wollen wir sofort verbieten.
2. Insektenserben: Verbot von Neonicotinoiden Es gibt immer weniger Insekten. Eine Forschungsgruppe in Nordrhein-Westfalen hat in einer Langzeitstudie Rückgänge um bis zu 80 Prozent dokumentiert. Auch Schlüsselbäuderie Insekten sind betroffen. Neonicotinoide, die weltweit zu den am meisten eingesetzten Insektiziden gehören, sind nachweislich gefährlich für Bienen und andere Bestäuber und damit maßgeblich verantwortlich für deren **Rückgang.** **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für ein Verbot der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide einsetzen?**	Grundsätzlich werden Pflanzenschutzmittel nur zugelassen, wenn nach dem Stand der Wis-senschaft der Gesundheits- und Umweltschutz gewährleistet ist. Im Zulassungsverfahren werden auch mögliche Auswirkungen auf Bienen geprüft. Um Bienen besser zu schützen, beste-hen bereits weitreichende Verbote für neonicotinoidhaltige Pflanzenschutzmittel. So wurde aus Gründen des Bienenschutzes untersagt, Mais-, Raps- und Getreidesaatgut mit Neonicotinoi-den zu beizen. Bei pestiziden Verboten ist zu befürchten, dass vermehrt andere Insektizide angewendet werden. Der Insekten- und Bienenschutz hat für den Erhalt einer artenreichen Kulturlandschaft aber-größe Bedeutung. Beim Thema Insektenserben, das ich mit großer Sorge sehe, besteht mei-nes Erachtens erhebliicher Forschungsbedarf. Bevor wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, muss untersucht werden, welches Ausmaß das Problem angenommen hat und welche Rolle Landwirtschaft, Verkehr, Zersiedelung, Flächenverbrauch und Klimawandel spielen.	keine Angabe	ja.	ja.	Ja. Die Landwirtschaft der Zukunft arbeitet mit ihren natürlichen Grundlagen – nicht gegen sie. Sie gefährdet nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert sie durch gesunde Lebensmittel. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit der Betriebsstäbrfe von Pestiziden auflösen. Wir brauchen dringend eine Landwirtschaft, die ohne den Großeinsatz von Pestiziden auskommt. Wir wollen eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes, und ein generelles Ende des Einsatzes von gefährlichen Stoffen wie Neonicotinoiden, Glyphosat und Glufosinat. Alternative Formulierungen unter https://www.gruene-bundestag.de/biologische-vielfalt/das-artenreiche-verschwinden-der-schmetterlinge-12-05-2017.html und https://www.gruene-bundestag.de/agrar/der-gruene-pestizidreduktionsplan-22-05-2017.html	Ja. Die Landwirtschaft der Zukunft arbeitet mit ihren natürlichen Grundlagen – nicht gegen sie. Sie gefährdet nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert sie durch gesunde Lebensmittel. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit der Betriebsstäbrfe von Pestiziden auflösen. Wir brauchen dringend eine Landwirtschaft, die ohne den Großeinsatz von Pestiziden auskommt. Wir wollen eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes, und ein generelles Ende des Einsatzes von gefährlichen Stoffen wie Neonicotinoiden, Glyphosat und Glufosinat.	ja. Ohne Bestäubung, Keine Früchte.	ja. Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoiden wollen wir sofort verbieten.
3. Agrarförderung für mehr Ökologie und Nachhaltigkeit Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gilt noch bis Ende 2020. Doch schon jetzt werden die Weichen für die künftige Agrarförderung (ab 2021) gestellt. Die derzeitige Agrarpolitik führt zu hohen Umweltbelastungen (vgl. NABUStudie unter www.NABU.de/news/2016/11/21460.html). **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für eine ökologische Agrarreform einsetzen, in der Prämien an konkrete Nachhaltigkeitskriterien gekniigt sind?**	Zunächst ist festzuhalten: Unsere Land- und Forstwirtschaft erzeugt hochwertige Lebensmit-tel, nachwachsende Rohstoffe sowie erneuerbare Energien und erhält darüber hinaus unsere vielfältige Kulturlandschaft. Die Agrarförderung für landwirtschaftliche Betriebe wird nur gewährt, wenn im Rahmen des Cross Compliance Standards die Einhaltung von Umwelt- und Tier-schutz eingehalten werden. Mit der letzten Agrarreform wurden die Landwirte durch das sogge-nannte Greening verpflichtet, zusätzliche Umweltleistungen zu erbringen und damit die biolo-gische Vielfalt zu fördern (z.B. durch Blühstreifen). Mit dem Greening leistet die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag, eine artenreiche Kulturlandschaft zu bewahren. Bei der kommenden Agrarreform trete ich dafür ein, die zwei Säulen der Agrarförderung bei-zubehalten: Über die erste Säule werden Landwirte in Form von Direktzahlungen für ihre ge-sellschaftlichen Leistungen vergütet, die zweite Säule dient der Förderung der ländlichen Räume. Ich trete dafür ein, über die zweite Säule noch stärker als bisher tier- und umweltge-rechte Haltungsverfahren sowie Agrarumweltmaßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus sollten wir bei der Neujustierung der Agrarförderung auch agrarstrukturelle Gesichtspunkte im Auge behalten. Dazu gehört für mich die Förderung von junglandwirten, kleinen und mittleren Betrieben sowie von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.	keine Angabe	ja. Nachhaltigkeit kann sich selber finanziell, darum müssen Finanzielle Ausgleiche über Subventionen durch den Staat gewährleistet werden.		ja. Die jetzige gemeinsame Agrarpolitik der EU befördert ein industrielles Agrarsystem, in dem über die sogenannten Direktzahlungen der ersten Säule vor allem der Besitz von Fläche belohnt wird. Daran konnte auch das Greening nichts ändern. Bei der GAP nach 2020 ist für uns die Maßgabe, dass künftig öffentliches Geld nur noch bei öffentlicher Leistung verteilt wird, also zum Beispiel bei Natur-, Tier- und Umweltschutz. Alternative Formulierungen unter https://www.gruene-bundestag.de/agrar/gesellschaftlichen-geld-fuer-gesellschaftliche-leistung-11-02-2017.html#.	Ja. Die jetzige gemeinsame Agrarpolitik der EU befördert ein industrielles Agrarsystem, in dem über die sogenannten Direktzahlungen der ersten Säule vor allem der Besitz von Fläche belohnt wird. Daran konnte auch das Greening nichts ändern. Bei der GAP nach 2020 ist für uns die Maßgabe, dass künftig öffentliches Geld nur noch bei öffentlicher Leistung verteilt wird, also zum Beispiel bei Natur-, Tier- und Umweltschutz.	ja.	ja. Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserhaushalt an Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung. Diese Funktionen reichen über Landesgrenzen hinaus. Deswegen setzen wir uns für eine rechtliche Verankerung des Bodenschutzes auf der Ebene der EU ein. DIE LINKE stehe weiter zu dem Grundprinzip, öffentliches Geld für öffentliche Leistung, auch in der Agrarpolitik. Das heißt, die Gelder müssen eingesetzt werden vorrangig für ökologische Effekte gebundden werden. Dafür müssen sodann regional verankerte landwirtschaftsbetriebe, landwirtschaftsfremde Investoren wollen wir ausschließen. Zu den sozialen Leistungen zählen wir auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Um ihre Marktmacht und faire Verteilung der Beiträge zu sichern, wollen wir besonders wichtige ökologische Ziele in der ersten Säule anbinden. Umschichtungen in die zweite Säule dürfen den Direktzahlungen nicht beeinträchtigen und müssen dazu eingesetzt werden, um einen neuen sozialen und ökologischen Mehrwert gebundden werden. Die Prioritäten innerhalb der 2. Säule sollen zugunsten von Agrarumweltmaßnahmen verschieben werden. Investitionsschwäche sind an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie mehr Tierwohl zu binden. Die LINKE will die Nachwuchsbundnies landwirtschaftliche Tierhaltung, insbesondere grünlandbewirtschaftende Tierhaltung fördern. Dazu soll vom Prinzip der Entkoppelung auszutreiben mit einer Wiedeteraprime abgesehen werden, der Tierbestand ist auf ökologische Standortverträglichkeit zu prüfen und auf 2 Dz/ha zu begrenzen.	
4. Mehr Förderung von Ökolandbau Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln wächst, doch die Anbaufläche hierzulande wächst nicht schnell genug mit. Verbrauch und Anbau sind noch weit von dem auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenen Ziel von 20 Prozent Ökolandbau entfernt. Um das Ziel zu erreichen, braucht es eine stärkere Förderung des Bio-Anbaus. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und der Ökolebensmittelwirtschaft einsetzen?**	Ich bin dafür, dass die riesigen Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln auch mehr mit heimischen Produkten gedeckt wird. Dieser Wachstumsmarkt bietet vielen vielen Betrieben eine Perspektive. Die zukunftsstrategie ökologischer Landbau des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist den Weg. Den ökologischen Landbau weiter zu stärken. Wichtige Maßnahmen sind, Betriebe bei der Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung zu unterstützen und durch Forschungsprojekte die Leistungsfähigkeit des ökologischen Landbaus zu verbessern.	keine Angabe	ja.		ja. Um den Ökolandbau endlich weiter im erforderlichen Maße voranzubringen, wollen wir die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ausreichend fördern. Für die nächsten sieben Jahre soll dafür ein Budget von 1 Mrd. Euro planungssicher finligeiegt und die erforderlichen Mittel im Haushalt entsprechend ungeschichtet werden. Unter anderem wollen wir 20 Prozent der Agrarförderungsgelder für den Ökolandbau einsetzen und damit Öko-Züchtung und einen Ackerbau ohne Gift stärken. Die alternative Formulierungen https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2017/februar/wirtschaftsminister-nachlassen-reicht-nicht-hart-schreiben-15-02-2017.html und https://www.gruene-bundestag.de/agrar.html	Ja. Um den Ökolandbau endlich weiter im erforderlichen Maße voranzubringen, wollen wir die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ausreichend fördern. Für die nächsten sieben Jahre soll dafür ein Budget von 1 Mrd. Euro planungssicher finligeiegt und die erforderlichen Mittel im Haushalt entsprechend ungeschichtet werden. Unter anderem wollen wir 20 Prozent der Agrarförderungsgelder für den Ökolandbau einsetzen und damit Öko-Züchtung und einen Ackerbau ohne Gift stärken.	ja.	ja. DIE LINKE setzt sich für einen starken Ökolandbau ein. Diese Form der Landbewirtschaftung soll nicht nur auf Erzeugnisbeigrenzungen, sondern auch auf einen Stoff- und Energiekreislauf im Produktionsprozess zum Schutz von Boden und Gewässern und zur Erhalt der biologischen Vielfalt. Da die meisten ökologisch wirtschaftenden Agrarbetriebe sehr arbeitsintensive sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigung im ländlichen Raum. Die LINKE will den Ökolandbau auf 20 % der landwirtschaftlichen Fläche ausbauen. Mehr Forschung für den Ökolandbau wird gebraucht (Saatgut, Zuchtmieen, Pflanzenschutz, etc.). Beratung und Wissenstransfer müssen gesichert, besser noch: nicht Zugänge zu Wissenbestgrund und Vermarktungsstrukturen gesichert werden. DIE LINKE fordert eine Aufstockung des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau. Auch in einer neuen EUÖko-Verordnung muss das Grundprinzip der Prozessqualität erhalten bleiben. Die Umstellungsbeihilfeförderprogramme für den Ökolandbau sollte auch im Rahmen der GAP-Reform 2020 fortgeführt bleiben.	
5. Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, da mit der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen unkalkulierbare ökologische und soziale Risiken einhergehen. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für den Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen – und zwar sowohl im Pflanzenbau als auch bei Futtermitteln?**	In der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist aufgrund der kleinstrukturiger Agrarstruk-turen in Baden-Württemberg nicht umsetzt. Mit Hochrisiko, weil sich deshalb dafür ein, dass wir die Opt-out-Regelung im EU-Recht nutzen und nationale und regionale Anbauverbote einrichten. Dies gilt ein-bezieht keinen kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Landwirtschaft, für vorhandene Anbauverbote und gleichzeitiendem gem erforderlichen Bei Futtermitteln ist folgendes zu beachten: Deutschland ist in hohem Maße von Importen abhängig, die größtenteils aus Südamerika stammen und gentechnisch verändert sind. CDU und CSU haben sich bei den letzten Reformen der EU-Agrarpolitik deshalb für die Zulassung des Anbaus von tagominissen auf Greeningflächen eingesetzt, damit unsere Bauern für die Tier-haltung weiter stärker einheimische, gentechnisch nicht veränderte Eiweiß-Futterpflanzen an-bauen können. Aus demselben Grund hat die unterngefuhrte Bundesregierung auch eine Eiweißpflanzenstrategie aufgelegt und unterstützt die Etablierung des Soja-anbaus in Deutschland und Europa.	keine Angabe	ja.	ja.	ja. Wir wollen den Durchmarsch der Agro-Gentechnik soweit bei Lebens- wie bei Futtermitteln stoppen. Auch neue Gentechnik-Methoden wie CRISPR (Genome Editing) müssen im Rahmen der EU-Gentechnik-Gesetzgebung reguliert werden. Sie darf nicht durch Freiharbeitsabkommen wie CETA und TTIP aufgeweicht werden, gerauso wenig wie die Nachfolgeverz bei Lebensmitteln und Saatgut gegenüber gentechnisch veränderten Organismen, die in der EU nicht zugelassen sind. Eine Forschungsförderung für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere soll es aus unserer Sicht nicht geben, ersatzlos ging vom gewählten Verfahren. Für alternative Formulierungen https://www.gruene-bundestag.de/gentechnik.html	ja. Wir wollen den Durchmarsch der Agro-Gentechnik soweit bei Lebens- wie bei Futtermitteln stoppen. Auch neue Gentechnik-Methoden wie CRISPR (Genome Editing) müssen im Rahmen der EU-Gentechnik-Gesetzgebung reguliert werden. Sie darf nicht durch Freiharbeitsabkommen wie CETA und TTIP aufgeweicht werden, gerauso wenig wie die Nachfolgeverz bei Lebensmitteln und Saatgut gegenüber gentechnisch veränderten Organismen, die in der EU nicht zugelassen sind. Eine Forschungsförderung für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere soll es aus unserer Sicht nicht geben, ersatzlos ging vom gewählten Verfahren.	ja.	ja. DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik als Risikotechnologie ab. Die Koexistenz zwischen Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik ist ein Märchen, weil die Vermischung von Verunreinigungen auf dem Feld, in Verarbeitung und Vermarktung kaum oder gar unmöglich ist. Solange kein EU-weites Verbot von GVPflanzen erreicht ist, setzen wir uns für weitestmögliche Anbaureserve für in der EU zugelassene GVPflanzen ein. Die Nutzbarkeit der Saatgut und Lebensmittel durch nicht aufgeweicht und ein importverbot von GVSoja muss erlassen werden. Die Bayer-Monsanto-Fusion lehnen wir ab.
6. Reduzierung des Stickstoffüberschuss Durch Massentierhaltung und Überdüngung der Landschaft mit Gülle leiden viele Regionen Deutschlands an einem Stickstoffüberschuss. **Die Folgen: Belastungen des Trinkwassers mit Nitrat, Verlust von Arten** und Lebensräumen sowie Gülletransporte durch Deutschland und Über Staatsgrenzen hinweg. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für eine Reduktion der Stickstoffüberschüsse durch die Einführung von Hoftorbilanzen und eine Koppelung der Tierhaltung an die vorhandene Flächengrößie des landwirtschaftlichen Betriebs einsetzen?**	In Baden-Württemberg wird seit Jahrzehnten ein vorbildliches Wasserschutzmodell verwirk-licht, das zu geringen Nitratwerten im Grundwasser geführt hat. Um Probleme in anderen Re-gionen in den Griff zu bekommen, haben wir die Düngel-Novelle verabschiedet. Ziele der Novelle sind, Übermäßige Düngung zu unterbinden und unsere Gewässer besser zu schützen. Zudem wurde entschieden, dass die Dokumentation und Kontrolle der Nährstoffausbrin-gung konsitig im Rahmen einer Stoffstrombilanz erfolgt. Die CDU/CSU wird sich dafür einsetzen, dass die Landwirte die Stoffstrombilanz mit möglichst wenig Bürokrate umsetzen können. Die Stickstoffüberschüsse in erster Linie ein regionales Problem sind, haha sich generelle Tier-obergrenzen für landwirtschaftliche Betriebe für ungeeignet. Mit der Dünge-Novelle leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass die landwirtschaftliche Tierhaltung flächengebunden bleibt. Auf eine flächengebundene Tierhaltung sollten wir auch künftig Wert legen – ich bin dafür, dies in der Nutzterstrategie zu verankern. Die Tierhaltung ist ein wichtiges Standbein der Landwirtschaft in Deutschland – die CDU/CSU befürwortet, dass dies so bleibt. Mit der Nutzterstrategie wollen wir Investitionssicherheit für Landwirte, Tierwohl und Umweltschutz auf eine langfristig tragfähige Grundlage stellen.	keine Angabe	ja. Nichtstäpfbarf muss Vorrang haben, vor schnellen Gewinnen. Hier muss der Staat durch Regelungen einen Ausgleich schaffen.	ja.	ja. Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen noch wird es uns gelingen, die entstehenden Gülleseisen in auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Wir wollen daher die Tierhaltung wieder an die Fläche binden, unter anderem über die Agrarförderung. Für uns gilt bei der Tierhaltung „Klasse statt Masse". Die Düngegesetzgebung entspricht noch immer nicht den EU-Vorgaben. Es drohen Strafzahlungen und eine weitere Verschmutzung unseres Wassers. Wir setzen uns daher ein für eine Erlassung der Nährstoffbilanz durch eine Hoftorbilanz und klare Obergrenzen für die Ausbringung von Gülle. Alternative Formulierungen unter https://www.gruene-bundestag.de/umwelt/guelle-verunreinigt-unser-trinkwasser-12-05-2017.html	Ja. Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen noch wird es uns gelingen, die entstehenden Gülleseisen in auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Wir wollen daher die Tierhaltung wieder an die Fläche binden, unter anderem über die Agrarförderung. Für uns gilt bei der Tierhaltung „Klasse statt Masse". Die Düngegesetzgebung entspricht noch immer nicht den EU-Vorgaben. Es drohen Strafzahlungen und eine weitere Verschmutzung unseres Wassers. Wir setzen uns daher ein für eine Erlassung der Nährstoffbilanz durch eine Hoftorbilanz und klare Obergrenzen für die Ausbringung von Gülle.	ja.	ja. Das Bundesprogramm Wiederverwertung ist ein erfolgreicher Schritt zur Wiederverwertung von Leiterrädern. Die geplanten Wildbrücken stellen eine wichtige Querungshilfe für viele Arten dar. Die Umsetzung des Programms seit rüpg einzuarbeiten. Hinsichtlich der Lärmschutzwände ist es wichtig, dass diesen einzelnen Programmen nicht durch die großzügige Ausweisung von Infrastrukturmaßnahmen entgegengewirkt wird.
7. Wiedervernetzung fördern Die Zerschneidung unserer Landschaft durch Straßen ist eines der größten Probleme für viele Wildtiere. Gemeinsam mit WWF, Deutschem Jagdverband (DJV) und ADAC fordert der NABU, dass mehr Mittel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an Straßen und Schienen ausgegeben werden. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis dafür einsetzen, dass das Bundesprogramm Wiedervernetzung im BMVI einen eigenen Haushaltstitel mit jährlich 30 Millionen Euro erhält?**	Vielang werden Wiedervernetzungsmaßnahmen aus unterschiedlichen Haushaltstiteln finan-ziert. Anhand des nächsten Bericht-serstatts der Bundesregierung sollte geprüft werden, ob Änderungen am Bundesprogramm Wiedervernetzung erforderlich sind und ergänzt werden sollte. Ich bin dafür, dass das Programm weiterzuführen. Auf Landesebene haben wir im Koalitionsvertrag die Umsetzung des Landesbiotopes Wieder-vernetzung verankert.	keine Angabe	ja, leider kann ich keine konkrete Aussage zu den 30 Millionen Euro sagen.	Weiß nicht. Erläuterung: Meines Wissens sind bei heutigen Aus- und Neubaumaßnahmen im Bereich des Bundesfernstraßennetzes entsprechende Beträge des Artenschutzes bereits zu berücksichtigen. Eine Neuauflage des Programms sollte meines Erachtens jedoch in Erwägung gezogen werden, um dadurch auch auf Ebene der Länder entsprechende Querungshilfen für deren Straßennetze zu ermöglichen.	Ja. Entsprechende Anträge haben wir bereits mehrfach in die Haushaltsverhandlungen eingebracht. Sie wurden von Union und SPD jedoch stets abgelehnt. Alternative Formulierungen unter https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/Klimahaushalt_2014/18_14_30_Wiedervernetzung_Oekosysteme.pdf	Ja. Entsprechende Anträge haben wir bereits mehrfach in die Haushaltsverhandlungen eingebracht. Sie wurden von Union und SPD jedoch stets abgelehnt.	ja.	ja. Das Bundesprogramm Wiedervernetzung ist ein erfolgreicher Schritt zur Wiedervernetzung von Leiterrädern. Die geplanten Wildbrücken stellen eine wichtige Querungshilfe für viele Arten dar. Die Umsetzung des Programms seit rüpg einzuarbeiten. Hinsichtlich der Lärmschutzwände ist es wichtig, dass diesen einzelnen Programmen nicht durch die großzügige Ausweisung von Infrastrukturmaßnahmen entgegengewirkt wird.
8. Stromtod. Freileitungen auf den Stand der Technik bringen. Viele Vögel sterben, da sie an unzureichend gesicherten Mittelspannungsstrom-masten einen tödlichen Stromschlag erleiden. All diese Todesfälle wären durch einen zeitgemäßen Schutz vermeidbar. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für den Schutz von Vögeln vor dem Stromtod einsetzen, indem die Netzbetreiber verpflichtet werden, die Freileitungen an den Stand der Technik anzupassen?**	Nach dem Bundesnaturschutzgesetz sind Netzbetreiber bereits seit 2002 verpflichtet, neue Freileitungen so zu errichten, dass Vögel vor Stromschlag geschützt sind. Ich finde es angemessen, ältere Freileitungen gezielt nachzurüsten, wenn sie in Gebieten mit viel Vogelflug von Großvögeln liegen – diese sind besonders gefährdet. Positiv für den Vogelschutz ist, dass die große Nord-Süd-Leitungstrasse Suedlink eine Erdverkabelung vorgesehen ist.	keine Angabe	ja.		ja. Wir wollen beispielsweise errichten, dass Freileitungen –zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren –durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden.	Ja. Wir wollen beispielsweise errichten, dass Freileitungen –zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren –durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden.	ja.	ja.
9. Artenschutzgutachten in Qualität verbessern Bei Infrastrukturprojekten werden aufgrund mangelhafter Gutachten die Belange des Artenschutzes oft nicht ausreichend berücksichtigt. Was wir brauchen, sind bundesweit einheitliche Methodenstandards sowie unabhängige Kontrollen z. B. durch stichprobenartige Überprüfungen von Artenschutzgutachten. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis in diesem Sinne für eine Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten einsetzen?**	Ganzhelles ist es wichtig, dass Artenschutzgutachten ihren Zweck gut erfüllen. Dafür sind man-nes Erachtens die Länder zuständig. Um die biologische Vielfalt zu schützen, ist es wichtig, dass die Belange des Artenschutzes bei Entscheidungen über Infrastrukturprojekte vorge-bracht und so weit wie möglich berücksichtigt werden. Letztlich müssen bei Infrastrukturentscheidungen ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte abgewogen werden.	keine Angabe	ja.	ja.	ja.	ja.	ja.	ja. Wir haben das als wichtiger Beitrag an, um wissenschaftliche Grundlagen für den Natur- und Umweltschutz sowie die Forschung zu schaffen und werden uns dafür einsetzen.
10. Aufstockung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt Eines der erfolgreichsten Förderprogramme des Bundes für den Naturschutz ist das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt". Auch in Baden-Württemberg werden darüber wichtige Projekte finanziert. **Werden Sie sich als Abgeordnete/r aus meinem Wahlkreis für die Aufstockung des Bundesprograms Biologische Vielfalt von derzeit 18 auf 50 Millionen Euro pro Jahr einsetzen?**	Ich bin hat die Bundesregierung ihren Bericht zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt vorgelegt. Der Bericht offenbart, dass erhebliche größere Anstrengungen erforderlich sind, die biologische Vielfalt zu bewahren. Deshalb halte ich eine Stärkung des Bundesprogramms für sinnvoll, um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt voranzubringen.	**keine Angabe**	Aufstockung ja, aber auch hier kann ich über die genaue Summe von 50 Millionen keine Versprechen geben.	Weiß nicht. Ich setze mich für eine sinnvolle finanzielle Ausstattung sämtlicher Maßnahmen, die zu einer Bewahrung der biologischen Vielfalt unserer Heimat beitragen. Weitere Förderprogramme mit weichen finanziellen Mitteln ausgestattet sein sollen, mich ich aber erst beurteilen, wenn ich einen besseren Überblick über weitere entsprechende Förderprogramme als gewählter Abgeordneter erlangen konnte. In jedem Fall mache ich dich für Finanzmittel in dem von ihnen angesprochenen Bereich stark.	Ja. Wir haben das bereits in den Haushaltsberatungen im Bundestag mehrfach gefordert. Das wurde von Union und SPD stets abgelehnt. Alternative Formulierungen unter: https://www.gruene-bundestag.de/biologische-vielfalt.html	Ja. Wir haben das bereits in den Haushaltsberatungen im Bundestag mehrfach gefordert. Das wurde von Union und SPD stets abgelehnt.	ja.	ja. DIE LINKE fordert die zügige Umsetzung der Nationalen Strategie für Biologische Vielfalt sowie die Schaffung eines länderübergreifenden und zusammenhängenden Biotopverbunds inklusive einer Aufstockung der Förderung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt auf jährlich 50 Millionen Euro.
11. Eine zentrale Frage, die nicht nur uns im Landkreis Ludwigsburg betrifft, ist die Frage der schnellstmöglichen CO2-Reduktion. Waldbrände in Südeuropa und Überschwemmungen Mittel- und Osteuropa ziehen dramatisch an. Die letzten drei Jahre waren die jeweils wärmsten seit der Temperaturaufzeichnung. Die natürliche Klimaschwankung wird schon jetzt von der anthropogenen globalen Erwärmung überlagert. Wir müssen davon ausgehen, dass es jedes Jahr deutlich und schneller wärmer wird. Eine lokale sowie globale Katastrophe. **Mit welchen Maßnahmen werden Sie das Pariser Klimaschutzabkommen umsetzten?** Hintergrund: Ab dem Jahr 2020 dürfen die CO2-Emissionen nicht mehr steigen. Danach muss der CO2-Ausstoß pro Jahrzehnt um die Hälfte reduziert werden. Die Mobilitäts- und Energiewende müssen in Angriff genommen bzw. weiter fortgesetzt werden. Erschreckenderweise zählt Deutschland aber als sechsgrößter CO2-Emittent zu den schlimmsten weltweiten Klima-Sündern. Das muss sich ändern und zwar möglichst schnell! *	Klimaschutz und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind existenziell wichtig. Es ist er klärtes Zel der Weltgemeinschaft, alle Anstrengungen zu unternehmen, den Klimawandel und dessen Auswirkungen zu begrenzen. Das am 4. November 2016 in Kraft getretenen Paris-Übereinkommen setzt dafür ein klares Signal. Mit diesem Übereinkommen verpflichten sich praktisch alle Staaten der Welt, die weltweite Temperaturerhöhung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, sowie Anstrengungen zu un-ternehmen, die Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu sind eine ra-sche Trendwende und tiefe Einschnitte bei den weltweiten Emissionen von Treibhausgasen erforderlich. Das unterstreicht auch das im Paris-Übereinkommen festgelegte Ziel der weltweiten Treibhausgasneutralität im Laufe des Jahrhunderts. Wir müssen bewieisen, dass intakte Umwelt, Wischlum und Wohlstand keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Mie-daille sind. Eisch als ciaiaas wir zum weltweiten Klima-Abkommen von Paris und wollen, dass Europa beim Klimaschutz und Umweltschutz weiter voran geht. Wir haben an unseren bestehenden Energie- und Klimazielen fest. Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen Klimaschutzplan, der sich am Leitbild einer weitgehenden Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts orientiert und konkrete Leitbilder für die einzelnen Hand-lungsfelder aufzeigt. Zudem beschreibt der Klimaschutzplan für alle Handlungsfelder robuste transformative Pfade und unterlegt indesondere das Minderungsziel für Treibhausgasemissionen für das Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 mit konkreten Sektorzie-len, weiteren Meilensteinen und strategisch angelegten Maßnahmen. Dies wollen wir Schritt für Schritt umsetzen. Wir lehnen dabei aber dirigistische ziaatliche Eingriffe in diesem Bereich ab und setzen stattdessen auf marktwirtschaftliche Instrumente, denn ein nachhaltiger und dauerhafter Wandel kann nur gelingen, wenn dieser die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht gef